

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

AMERIKAS VERGELTUNGSAKTION IN VIETNAM

Am 7. Februar flogen amerikanische Flugzeuge, unterstützt von südvietnamesischen Staffeln, Angriffe gegen militärische Einrichtungen in Nordvietnam und bombardierten die Gegend von *Dong Hoi*, unmittelbar nördlich des die Grenze zwischen dem kommunistischen und dem freien Vietnam bildenden 17. Breitengrades. Die Aktion war die Antwort Washingtons auf Überfälle der kommunistischen Vietcong-Rebellen auf amerikanische Heerlager in Südvietnam. Wenige Tage später wiederholten sich die Attacken des Vietcong, und die amerikanische Reaktion blieb nicht aus: erneut erwiderten über 120 Flugzeuge diesen Angriff mit einer Bombardierung kommunistischer Basen in Nordvietnam. Die Vereinigten Staaten demonstrierten damit nachdrücklich ihre Entschlossenheit, die Verteidigung Südvietnams künftig offensiv zu führen und auf jeden Schlag des Vietcong mit einem *Gegenschlag* gegen dessen Nachschubzentren im Norden des Landes zu antworten.

«Schlag-auf-Schlag»-Strategie

Obwohl die amerikanische Taktik wie eine Wiederholung der Schläge anmutet, die im vergangenen Sommer gegen Nordvietnam geführt wurden, ist doch eine wesentliche Differenzierung festzustellen. Damals trat Washington den Übergriffen nordvietnamesischer Kriegsschiffe entgegen, die gegen Einheiten der im Südchinesischen Meer patrouillierenden amerikanischen 7. Flotte das Feuer eröffnet hatten. Es war eine direkte Konfrontation Nordvietnam — USA gewesen. Dieses Mal aber reagierten die Vereinigten Staaten auf eine Aktion des seit Jahren in Südvietnam schwelenden Kleinkrieges, den sie zu Recht als eine planmäßig von Nordvietnam aus gesteuerte Aggression betrachten. Washington ließ keinen Zweifel daran, daß in Zukunft an Stelle der bisherigen Zurückhaltung gegenüber Nordvietnam eine «Schlag-auf-Schlag»-Strategie treten soll.

Die Nordvietnamesen müssen von nun an damit rechnen, daß jede größere militärische Handlung des Vietcong sofort eine amerikanische Vergeltungsaktion auslösen wird. Gleichzeitig hat Washington erneut seinen Willen bekundet, trotz dieser Intensivierung der Kriegführung, seine Vergeltungsschläge *streng begrenzt* zu halten. Es soll mit ihnen kein «Eskalationsautomatismus» ausgelöst werden. Man ist gewillt, die Entwicklung in Händen zu behalten und sich nicht in das gefährliche Abenteuer einer unübersehbaren Ausweitung des Konfliktes hineintreiben zu lassen.

Kossygins Mission in Ostasien

Diese strenge Limitierung der amerikanischen Kriegführung in Südostasien scheint um so eher angebracht, als im politischen Kräftespiel dieses Gebietes ein neuer Faktor aufgetreten ist, der seit Jahren dort keine Rolle mehr spielte: die *Sowjetunion*. Die erste Vergeltungsaktion der Amerikaner ereignete sich genau am selben Tag, da der sowjetische Ministerpräsident *Kossygin* in der nordvietnamesischen Hauptstadt *Hanoi* zu Besuch weilte. Die zeitliche Koinzidenz mag Zufall sein; die Wirkung des amerikanischen Gegenschlages ist dadurch zweifellos erhöht worden. *Kossygins Mission in Ostasien*, die ihn nach Vietnam und Korea führte, war komplexer Natur. Da es sich um das erste größere außenpolitische Unternehmen der Nachfolger Chruschtschews handelte, war es zunächst wohl eine demonstrative Geste der neuen Herren des Kremls, um ihr Interesse für ein Gebiet anzumelden, das von ihrem Vorgänger in einer aus sowjetischer Sicht geradezu sträflichen Weise vernachlässigt worden war. Das galt sowohl für Nordvietnam wie für Nordkorea. In beiden Ländern gibt es neben der in der herrschenden Partei führenden chinesischen Richtung starke *sowjetfreundliche Minderheiten*. Ihnen den Rücken zu stärken und damit gleichzeitig die

Position Moskaus im Konflikt mit Peking zu festigen, dürfte der Hauptzweck der Reise Kossygin gewesen sein.

Für den Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in Nordvietnam war noch ein weiterer Grund ausschlaggebend. Die ununterbrochenen Wirren im Süden des seit zehn Jahren geteilten Vietnam, die schwache und schwankende Unterstützung, welche die USA den ständig wechselnden Regierungen in Saigon zuteil werden ließen, verleiteten Moskau offensichtlich zu der trügerischen Auffassung, die Vereinigten Staaten hätten Südvietnam bereits abgeschlossen und wären bereit, sich bei günstiger Gelegenheit auf elegante Weise aus dem dortigen Engagement zu lösen. Für die Sowjetunion wären in einem solchen Falle billige Lorbeeren zu pflücken gewesen, und Kossygin hätte als ein Triumphator gelten können, welcher der Sache des Kommunismus zu einem großen Prestigeerfolg verholfen hätte. Sollten Moskaus Spekulationen so weit gegangen sein, so sind sie durch die amerikanische Aktion jedenfalls gründlich zerstört worden.

Kommunistischer Zusammenschluß?

Der Ostblock reagierte auf die amerikanischen Vergeltungsschläge mit der üblichen weltweiten Agitation gegen die «Imperialisten», mit Massendemonstrationen in Peking und dem Tintenfässerbombardement auf die amerikanische Botschaft in Moskau. In einige Verlautbarungen mischte sich aber ein seit langem nicht mehr gehörter Unterton. In einer «Taß»-Erklärung wurde die Solidarität des «ganzen sozialistischen Lagers» beschworen, und der Jahrestag des sowjetisch-chinesischen Bündnisvertrages vom 14. Februar 1950 wurde von Moskau wie von Peking mit enthusiastischen Worten gefeiert. Zeichnet sich als Folge der amerikanischen Aktion in Vietnam, die zweifellos für die von Präsident Johnson angekündigten amerikanisch-sowjetischen Besuchs austausche einen schweren Rückschlag bedeutet, eine Annäherung zwischen der Sowjetunion und dem kommunistischen China ab? Der *kühle Empfang*, der Kossygin bei seinem ersten

Aufenthalt in Peking während eines 24stündigen Zwischenhaltes auf seinem Flug nach Hanoi bereitet wurde, ließ noch nichts von einer verbesserten Atmosphäre zwischen den verfeindeten kommunistischen Großmächten verspüren. Möglicherweise gibt die auf den 1. März nach Moskau einberufene «Vorkonferenz» der kommunistischen Parteien einen Hinweis, in welcher Richtung sich die sowjetisch-chinesischen Beziehungen weiter entwickeln werden. Eine erneute Verschiebung des Treffens oder gar ein endgültiger Verzicht Moskaus auf diese Konferenz müßte zweifellos als Symptom eines Zusammenschlusses im kommunistischen Lager bewertet werden — ein Aneinanderrücken freilich, bei dem die Sowjetunion erneut eine große Konzession zu leisten hätte, nachdem sie den Chinesen schon Chruschtschew als Opfer dargebracht hat.

Für und gegen eine neue Indochinakonferenz

Angesichts der entschlossenen amerikanischen Reaktion hat der Osten laut den Ruf nach einer neuen Indochinakonferenz erhoben. Er findet im Westen — außer bei General *de Gaulle* — kein positives Echo. Die Ergebnisse der beiden letzten Indochinakonferenzen sind für den Westen tatsächlich nicht ermutigend. 1954 wurde in Genf die *Aufteilung* der französischen Kolonie Indochina in drei unabhängige Staaten — Vietnam, Laos und Kambodscha — beschlossen, wobei Vietnam unter sich wieder in eine nördliche kommunistische und eine südliche Hälfte geteilt wurde, die sich nach dem Ausscheiden Frankreichs auf die Vereinigten Staaten stützte. 1962 wurde, wiederum in Genf, die *Neutralisierung von Laos* ausgehandelt. Beide Vereinbarungen, die auch vom kommunistischen China unterzeichnet wurden, hinderten die Kommunisten nicht im mindesten daran, ihre subversive Aggression sowohl im südlichen Teil Vietnams wie in Laos fortzusetzen, mit dem leicht durchschaubaren Ziel, ganz Hinterindien in ein Aufmarschgebiet des Kommunismus zu verwandeln. Im gegenwärtigen Augenblick könnte eine Konferenz wohl nur den Kommunisten Vor-

teile bieten — verständlicherweise lehnt Washington deshalb heute ein solches Treffen ab, was nicht heißt, daß es bei einer Stärkung seiner Position in Südostasien nicht bereit sein wird, in Verhandlungen mit der Gegenseite einzutreten. In einem solchen Fall könnte sich die «Schlag-auf-Schlag»-Strategie der Amerikaner als wertvoller Trumpf Washingtons erweisen.

De Gaulles und die Krise der UNO

Wenige Tage bevor die USA in Südostasien ihre Präsenz demonstrierten, entwickelte der französische Staatspräsident *de Gaulle* im Elysée in einer seiner bereits zur Tradition gewordenen halbjährlichen *Pressekonferenzen* seine weltpolitischen Konzeptionen. Den Journalisten zeigte sich ein milder und verständlicher *de Gaulle*. Es gab keinen Donnereschlag wie vor zwei Jahren, als er England die Tür zum EWG-Beitritt zuschlug, nicht einmal eine Verstimmung wie vor einem halben Jahr, angesichts der damals besonders akuten Differenzen mit dem deutschen Bündnispartner. *De Gaulle* präsentierte der Presse seine *Zukunftsvisionen*, von denen die meisten kurzfristig kaum eine Möglichkeit der Realisierung besitzen. Das gilt vor allem für die *deutsche Frage*, in der *de Gaulle* einen Plan für die Wiedervereinigung konzipierte, die von einer europäischen Annäherung in den Bereichen zwischen dem Atlantik und dem Ural ausging — keine sonderlich große Ermutigung für jene Deutschen, die sich eine baldige deutsche Einheit erhoffen. Der Widerspruch eines solchen Planes mit der *Viermächteverantwortung* für Deutschland ist evident; daß *de Gaulle* glaubt, er könne beide Konzeptionen unter einen Hut bringen, zeigt, wie gering er selber offenbar die rasche Möglichkeit einer Verwirklichung seines Projektes einschätzt.

Auch *de Gaulles* Vorschlag einer *Rückkehr zum Goldstandard*, der auf der Linie der französischen Finanz- und Währungspolitik der letzten Monate lag, erzielte, wie zu erwarten war, keinen Erfolg. Aus der Fülle der Einzelthemen blieb schließlich noch ein einziges: *de Gaulles* Anregung zu einer *Reorga-*

nisation der Vereinigten Nationen. Aber auch hier hat sich der Präsident kaum an die politischen Realitäten gehalten, wenn er für eine Fünferkonferenz der Großmächte eintrat, die einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat einnehmen, wobei er stillschweigend den chinesischen Platz *Peking* übergeben will. Niemand wird erwarten, daß die Vereinigten Staaten auf einen solchen Vorschlag eintreten würden, nachdem sie das kommunistische China seit fünfzehn Jahren beharrlich von einer Zulassung zur UNO ausschließen.

Man wird jedoch dem Vorstoß *de Gaulles* nicht eine gewisse Berechtigung absprechen können, wenn man ihn auf dem Hintergrund der schweren Krise beurteilt, in der sich die Weltorganisation gegenwärtig befindet. Durch den Konflikt um die *Beitragszahlungen*, der freilich nur ein äußerliches Symptom einer tiefergehenden grundsätzlichen Differenz ist, sind die Vereinigten Nationen seit Monaten praktisch lahmgelegt. *De Gaulle*, der hier auf derselben Linie wie die Sowjetunion operiert, möchte mit seinem Vorschlag die Präponderanz der Großmächte wieder herstellen, wie sie in der Charta von San Francisco ursprünglich vorgesehen und durch das Veto der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates garantiert ist. Die Generalversammlung soll in ihren Kompetenzen beschränkt und der Zustand, wie er vor dem *Koreakrieg* bestand, wieder hergestellt werden. Die Lösung hat zweifellos einiges für sich, sowohl angesichts der gegenwärtig geradezu grotesken Zusammensetzung der Generalversammlung als auch im Hinblick auf die wenig ermutigenden Erfahrungen mit den von der Vollversammlung organisierten «friedenerhaltenden Aktionen». Freilich muten die Zustände vor 1950, da die Sowjetunion mit ihrem Veto die UNO praktisch blockierte, ebenfalls kaum ideal an. So oder so werden die Vereinigten Nationen wohl kaum ungeschwächt und nur mit weiter geschwundenem Prestige aus der Krise herauskommen, in der sie sich gegenwärtig befinden. Ihr Dilemma bleibt es nach wie vor, in einer zerrissenen und friedlosen Welt, ohne ausreichendes eigenes Machtinstrument, den Frieden garantieren zu müssen.

Fabius

WOHLFAHRTSSTAAT UND KOMMUNISMUS

In der Presse ist mit Erstaunen vermerkt worden, daß in Schweden, dem vielleicht ausgeprägtesten Wohlfahrtsstaat der Erde, in den letzten Wahlen die Kommunisten einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten. Nach der Überzeugung führender Organe der Weltmeinung hätte dies nicht geschehen sollen und dürfen, weil der «Kommunismus» allein im «Sumpfgelände der Armut und Verzweiflung» gedeihen könne. Man kann es beinahe als ein Glück bezeichnen, daß die schwedischen Wahlen diese grotesk falsche Auffassung für jedermann sichtbar widerlegt haben. Denn dieser Mythos von Art und Wachstumsbedingungen des Kommunismus ist nicht nur unrichtig; er ist überaus gefährlich. Er hat führende Staatsmänner ebenso irregeleitet wie maßgebende Kulturträger und Journalisten.

Die außerordentliche Vereinfachung fast aller kulturellen, geistigen, religiösen und politischen Bewegungen im Gegenwartsdenken ist eine bedrohliche Erscheinung der Gegenwart. Sie steht in auffallendem Gegensatz zur Entfaltung der Wissenschaften, gerade auch der politischen Wissenschaften, welche eigentlich die komplexe Struktur sozialrevolutionärer und religiöser oder ideologischer Phänomene zum Allgemeinut des Denkens machen sollten. Jedenfalls war das Denken der kulturell oder politisch Gebildeten vor einem Jahrhundert empfänglicher für die ideellen Folgen ideologischer Strömungen. Nur so ist auch eine Persönlichkeit wie Jacob Burckhardt zu erklären, der, als völlig unabhängiger Schüler Rankes und französischer politischer Schriftsteller, die weltgeschichtlichen Potenzen begriff und sie der geschichtsmetaphysischen Spekulation von Lasaulx entgegensetzte.

Heute sind leider jene Betrachter, welche die Werke von Marx und Lenin aus erster Hand kennen oder sich mit den Ursprüngen und Glaubenssätzen der Weltreligionen beschäftigen, recht selten geworden. Noch rarer sind freilich jene Gelehrten, die der Dynamik des Gedankengutes der Philosophie oder der Weltgeschichte nachspüren. Daher vermochte sich die Vorstellung durchzuset-

zen, daß der Kommunismus eine Lehre der Verarmten, Geknechteten, Antikapitalisten und Antikolonialisten sei. Diese Vorstellung ist zwar teilweise richtig; doch können die genannten Voraussetzungen ebenso gut für fast jeden Extremismus gelten, also für Chauvinismus, Rassismus, Faschismus usw. In der Vergangenheit waren Hungersnöte oder Seuchenzüge zum Beispiel für die Juden immer alarmierend, weil sie Anlaß zu Judenverfolgungen bieten konnten.

Wenn aber in einem westlichen Wohlfahrtsstaat die extremistischen Tendenzen begünstigt werden, so handelt es sich um spezifischere Ursachen. Stets muß man sich daran erinnern, daß der Kommunismus nicht nur eine linksradikale, sozialrevolutionäre Lehre darstellt, die einen Umschwung der Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln und in der politischen Leitung des Parteien- und Staatslebens mit allen Mitteln herbeiführen will, sondern auch eine geistig-philosophische Theorie. In dieser Hinsicht ist er einmal ein starker Protest gegen ein kleinbürgerlich-materialistisches Philistertum, weiterhin eine progressive Geschichtskonzeption. Der Kommunismus in seiner dialektischen und noch mehr in seiner bolschewistischen Formulierung kommt einem inneren Aufstand gegen jegliche statische Satttheit gleich.

Noch wichtiger ist eine andere Tatsache: Der Wohlfahrtsstaat, so erwünscht er in mancher Hinsicht sein mag, trägt zu einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüber politischen und vor allem ideologischen Problemen oder Kämpfen bei. Man glaubt, daß die materielle Satttheit jede revolutionäre Bewegung ausschließe oder im Sand verlaufen lasse. In Wirklichkeit ist ein Wohlfahrtsstaat aber fast ebenso gefährdet wie ein armer und sozial bedrohter Staat, weil in diesem die Abwehrkräfte in steter Alarmbereitschaft stehen und die Gefahren jedermann bewußt sind. Tatsächlich wünschen sich oft die Kommunisten auch eine «satte» Gesellschaft, weil in ihr die Infiltration erfahrungsmäßig leicht ist. Im allgemeinen Wohlleben biedert man sich an und hält den Brutus für einen Ehrenmann.

Damit soll nichts gegen den Wohlfahrtsstaat gesagt, sondern nur gegen das Vorurteil seiner automatischen Abwehrkraft gegen kommunistische oder andere sozialrevolutionäre Bewegungen angekämpft werden. Der Kampf ist eben jederzeit und überall nötig.

Je stärker der Wohlfahrtsstaat sich durchsetzt, um so nachhaltiger muß zudem der innere Vorbehalt und Protest der ideologischen Kommunisten werden. Diese stoßen sich an der kleinbürgerlichen Mentalität, an der philiströsen Zufriedenheit und vor allem an einer «verächtlichen» Geschichtsphilosophie, die im Massenwohlstand ein hinreichendes Zeugnis für die alle Völker und Zeiten umfassende Fortschrittlichkeit erblickt. Tatsächlich ist der Wohlfahrtsstaat für die vielen, die in ihm ein anständiges Ein- und Auskommen finden und zudem die bürgerlichen Grundrechte genießen, ein relativ befriedigender Zustand. Aber seine weltgeschichtliche Funktion ist fragwürdig. Denn das eigene materielle und soziale Wohlergehen — so entscheidend es nach humaner und humanistischer Auffassung ist — bedeutet doch bloß, daß ein Teil der menschlichen Gesellschaft diesen erstrebenswerten Zustand erreicht hat, aber nicht, daß er einer weltgeschichtlichen Gesamtkonzeption ohne weiteres einzuordnen ist. Er erscheint mindestens vom dialektisch-kommunistischen Standort aus als ein «egoistisches Glück». Er führt die Nationen eher zu sich selbst als über sich hinaus. Wer kein Kommunist ist und wer den Lauf der Weltgeschichte nüchterner betrachtet als die ideologischen Kommunisten, wird freilich jedes Zeitalter, in dem sich menschenwürdig leben ließ, hoch preisen. Er wird zudem an der Konzeption des dialektischen Materialismus in den Grundlagen mancherlei Kritik anbringen müssen, vor allem, daß deren Fundamente jener wissenschaftlichen Vorsicht bei der Planung ermangelten, die man eigentlich bei einem so gewaltigen Gebäude voraussetzen sollte.

Andererseits steht wiederum fest, daß die geistigen Grundfragen sich nicht einfach mit der Formel des Massenwohlstandes umfassend lösen lassen. Unsere Zeit erfordert begründetere Lösungen, so wertvoll der Wohl-

fahrtsstaat als eine Komponente sein mag. Der materielle Wohlfahrtsstaat ist noch lange kein geistiger Wohlfahrtsstaat, so wenig wie die finanzielle Forschungsförderung schon Förderung schöpferischer Forschung bedeuten muß. Erst dann, wenn die geistigen Werte ebenso nachhaltig und freiheitlich unterstützt werden wie die sozialen Postulate, und wenn endlich eine Geschichtstheorie die großen Aufgaben und Forderungen des globalen Zeitalters mit der Idee des Sozialstaats verknüpft, besteht Aussicht, daß die ideologischen Kommunisten nicht neue Erfolge buchen. Allerdings werden sie auch dann nie aussterben. Für gewisse menschliche Naturen ist der ideologische Kommunismus die einzig adäquate Antwort auf ihre Art der Fragestellung und ihre speziellen Erfahrungen.

Damit sind zwei fundamentale Einsichten gewonnen. Einmal ist es die Erkenntnis, daß es — entgegen idealistischer oder kommunistischer Auffassung — immer einzelne Menschen oder Menschengruppen geben wird, die sich auf Grund ihrer inneren Strukturierung geistig nicht überzeugen lassen.

Die zweite, viel wichtigere Folgerung besteht darin, daß jedes politische oder weltanschauliche System, um den Forderungen optimaler Wirksamkeit und Überzeugungskraft zu genügen, eine umfassende Geschichtstheorie oder Geschichtsphilosophie zu enthalten hat.

In der Vergangenheit war diese Aufgabe eigentlich nur spekulativ oder gläubig (religiös) zu erfüllen. Die Mittel moderner Geschichtsforschung erlauben jetzt, eine weitgehend wissenschaftlich begründete Geschichtstheorie aufzustellen, wobei auch Erkenntnisse der modernen Naturwissenschaften, der Medizin, der National- und Sozialökonomie usf. zu berücksichtigen sind.

Eine solche Geschichtstheorie hat zudem nicht nur bessere Voraussagen als der dialektische Materialismus zu ermöglichen; sie hat insbesondere auch Ereignisse als wahrscheinlich zu betrachten, welche der historische Marxismus ungenügend erkannt hat. In großen Zügen trifft dies auf drei Erscheinungen zu: 1. Der Geschichtsverlauf ist immer wie-

der von ernststen Rückschlägen bedroht und entwickelt sich nicht rational, noch weniger im Sinne eines allein am Besitz der Produktionsmittel und der sogenannten «Ausbeutung» orientierten Vorganges. 2. Von allen historischen Voraussagen wäre jene der Eroberung des Kosmos als beginnende Epoche im 20. Jahrhundert die bedeutsamste gewesen; sie findet sich unseres Wissens in keiner Geschichtsphilosophie marxistischer (oder anderer) Schriftsteller. 3. Eine moderne Geschichtstheorie darf nicht einfach eine kühne Konstruktion oder eine «Ideologie» darstellen.

Die Forderung, auch das freie Abendland habe eine in sich geschlossene Weltanschauung (gegenüber dem Kommunismus) zu bieten, existiert nur insofern zu Recht, als die Aussicht besteht, eine streng wissenschaftliche und den bisherigen empirischen Geschichtsverlauf integrierende Geschichtstheorie zu entwickeln, die mit der Überzeugung auf höhere Gültigkeit im Verhältnis zum historischen Materialismus oder irgendeiner andern Ideologie verfochten werden kann.

So schwierig die Aufgabe ist, so erscheint sie doch nicht als unmöglich. Sicherlich hat eine solche Geschichtstheorie offen zu sein, das heißt der Mensch und die Menschheit treten als entscheidende, handelnde Elemente auf. Die Geschichtstheorie muß ferner pluralistisch sein, weil jede genaue Geschichtsanalyse, das heißt jede exakte Untersuchung der den Geschichtsverlauf bestimmenden Dynamik, erweist, daß eine Vielzahl von Kräften und Erscheinungen der Vergangenheit der jeweiligen Gegenwart zu-

grunde liegen. Die Dynamik als offen zu bezeichnen, ergibt sich aus der Einsicht, daß die Geschichte nicht ohne das Einwirken hochstrukturierter geistiger Energien zustandekommt, bei deren Gestaltung auch innersten seelischen Kräften, wie etwa dem Gewissen, ein Anteil zufällt. Es handelt sich also um alles andere als um einen mechanischen oder fatalistischen Prozeß; wie etwa die geschichtsphilosophische Zwangsjacke des späteren Marxismus (im Gegensatz zum frühen Marx) wahrhaben will, oder wie jene energetische Lehre behauptet, die den gesamten Geschichtsverlauf als die indirekte, zeitlich lang ausgedehnte thermodynamische Wirkung der Sonnenenergie unter besonderen Voraussetzungen der Erdatmosphäre usf. erklärt (Brook Adams in «The Law of Civilization and Decay», 1895).

Alle diese Geschichtsphilosophien nehmen zu wenig Bedacht auf die geistigen Möglichkeiten des bewußten Menschen. Andererseits ist es freilich noch abenteuerlicher, die Geschichte in ihrem Geschichtsverlauf nur als eine Abfolge bewußter Entscheidungen der *Homines sapientes* zu deuten, bildlich als eine Heroentat der Herrschaft der Vernunft. Die Geschichte als Dynamik ist vielmehr charakterisiert als außerordentlich vielfältige und immer wieder sich ändernde Mischung aus rationalen und irrationalen, neuen und beharrenden Energien verschiedenartiger Intensität. An komplexer Strukturierung übertrifft das Gewebe des Geschichtsprozesses alles bisher Bekannte. Davon hat jede Geschichtsphilosophie von intellektueller Redlichkeit auszugehen.

Cato

SITUATION UND AUSSICHTEN DER ITALIENISCHEN WIRTSCHAFT

Das italienische «Wirtschaftswunder» hat sich leider nicht als das Zeichen eines starken wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, sondern vielmehr als das ungesunde Ergebnis einer zu optimistischen und unausgeglichene Entwicklung des Produktionssystems erwiesen. Die Produktion hat sich zwar bemerkenswert erhöht, aber außerhalb

jeder Kontrolle, ausschließlich unter dem Antrieb des persönlichen Gewinnstrebens und ohne Rücksicht auf Fragen der Verteilung. Es ergaben sich die unvermeidlichen Folgen einer schlechten Verteilung in regionaler, branchenmäßiger, funktioneller und personeller Hinsicht, welche die Unfähigkeit und das unverantwortliche «laissez-faire»

der italienischen Regierungen in den Perioden des Booms veranschaulichen.

Es war unvermeidlich, daß eine (mindestens auf dem Papier) so inhaltsschwere politische Schwenkung wie die des «Centrosinistra» auf seiten des Großkapitals negative psychologische Reaktionen oder wenigstens solche wachsamem Abwarten hervorriefen; aber wahrscheinlich hätte man diesen Engpaß leicht überwinden können, wenn sich die Wirtschaft noch in der aufsteigenden Phase des Konjunkturzyklus befunden hätte. Stattdessen befand sie sich in einer Konsolidierungsperiode auf hohem Entwicklungsniveau, die sich von einer Rezession namentlich dadurch unterschied, daß das Nationaleinkommen nicht sank, sondern sich lediglich mit kleinen Zuwachsraten vergrößerte; auch brachen nicht ganze Produktionszweige zusammen, sondern es gerieten nur vereinzelte Unternehmungen in Konkurs, die vielleicht nicht immer mit genügenden Reserven aufgebaut worden waren, um jene Phase des Kreditoptimismus überleben zu können, die jede Periode wirtschaftlicher Expansion auszeichnet. Auf die gleiche Art wie der wirklichkeitsfremde Optimismus in der vorangegangenen Periode durch die Unreife der Wirtschaftsführer entstanden war, führte diese Konsolidierungsphase auf hohem Niveau schließlich zu einer Vertrauenskrise. Das Mißtrauen nahm immer mehr ungerechtfertigte Alarmtöne an, als die negativen psychologischen Wirkungen der Nationalisierung der Elektrizitätswirtschaft spürbar wurden. Bedeutende Kapitalsummen (man spricht von tausend Milliarden Lire) begannen ins Ausland, vor allem in die Schweiz, abzufließen, wodurch die Möglichkeiten der inländischen Investition sich deutlich verringerten und der panikartige Zustand verstärkt wurde, der zu diesem Abfluß geführt hatte. Die Unternehmer ließen sich auf eine eigentliche Kraftprobe mit der Regierung ein, da sie überzeugt waren, daß der Staat, um die prekäre Situation zu normalisieren, ihnen weiterhin jene Politik der niedrigen Löhne und der hohen Gewinne gestatten würde, die zwar das Nationaleinkommen erheblich verbessert, seine Verteilung aber spürbar verschlechtert hätten. Gerade dieser

Politik ist die wachsende Unzufriedenheit jener Klassen zuzuschreiben, auf deren Schultern der «miracolo economico» aufgebaut worden war, eine Unzufriedenheit, deren Ausbeutung sich die Kommunisten nicht entgehen ließen. Dadurch wurde die «Politik der Lohnforderungen» unterstützt, der man trotz ihrer Fragwürdigkeit eine gewisse Berechtigung nicht absprechen kann. Mit den Löhnen stiegen die Preise, und das Land geriet in eine Inflationsspirale, die durch die Einführung der gleitenden Lohnskala verschärft wurde. Durch die größeren Nominalwerte und den Glauben an baldige weitere Lohnerhöhungen entstand in diesen Klassen ein Optimismus, der sie dazu verführte, über ihre Verhältnisse zu leben, indem sie sich, auf Grund ihrer wirtschaftlichen Unreife, mittels Schulden und Abzahlungsgeschäften auf einen teilweisen überflüssigen Konsum einließen.

Wenn indessen die Unreife der italienischen Konsumenten für die heutige wirtschaftliche Situation eine große Rolle gespielt hat, so trifft die schwerste Verantwortung doch die Unternehmer. Ein Experte sagt: «Die Zahlen ihrer Einkünfte sind selten glaubhaft. Und man muß sich darüber klar sein, daß alles hier anfängt. Die Verantwortung der Unternehmer ist nicht nur auf der wirtschaftlichen, sondern auch auf der politischen Ebene größer als die der anderen Bürger.» Je schneller sich die italienischen Industriellen darüber Rechenschaft geben werden, desto besser. Michel Bosquet, Redakteur des «Expreß», meint: «Es ist unmöglich, zu behaupten, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Italiens seien dem Lohndruck zuzuschreiben. Die Löhne haben in Wirklichkeit die kumulierte Steigerung der Produktivität der letzten zehn Jahre noch nicht überschritten.» Der Bericht des Präsidenten der Banca Commerciale, Mattioli, hat andererseits gezeigt, daß gerade während der Periode der niederen Löhne und hohen Gewinne die technologische Erneuerung im Industriesektor verzögert wurde und die italienische Industrie sich erst seit der Verstärkung des Lohndrucks bemüht, diesen Rückstand aufzuholen. Die tieferen Ursachen der italienischen Schwierig-

keiten müssen demnach anderswo gesucht werden. Sie sind beim Start des «Centro sinistra» ziemlich deutlich geworden: ich meine die schlechte Ausrichtung, um nicht zu sagen die spekulative Vergeudung der Investition im Lauf der letzten zehn Jahre sowie das Auftreten einer Anzahl von Engpässen auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Städtebaus, des Wohnungs-, Transport- und Unterrichtswesens.

Die letzten zehn Jahre haben so zu der Feststellung geführt, daß ein Wirtschaftssystem, das keinerlei Reglementierung der privaten Initiative vorsieht, sich in Italien nicht zur Verbesserung des allgemeinen Wohlstandes auswirkt. Aber auch eine zu starre staatliche Intervention wäre in Italien nicht funktionsfähig, sogar unter der keineswegs treffenden Annahme, daß die staatliche Verwaltung wirklich schlagkräftig wäre. Es scheint trotz vermeidbarer und unvermeidbarer Fehler, daß man sich gegenwärtig auf dem richtigen Weg befindet, nämlich auf der Suche nach einem gemischten System von Privatwirtschaft, öffentlicher Wirtschaft (ohne weitere Nationalisierungen, die sich in Italien nicht bewährt haben) und staatlicher Intervention. Jeder Anfang ist schwer.

Was bringt das neue Jahr?

In der ersten Novemberwoche hat Finanzminister Pieraccini erstmals in Italien dem Parlament den vorschauenden und programmatischen Bericht für das Jahr 1965 über den Stand der Wirtschaft vorgelegt. Darin ist der jährliche Wirtschaftsplan enthalten, den das Planungsbureau im Rahmen des vor der Vervollständigung stehenden Fünfjahresplanes vorbereitet. Für das letzte Jahr wird die Erhöhung des realen Nationaleinkommens auf 3% geschätzt, während die landwirtschaftliche Produktion um 4—5%, die industrielle um 1—2%, die des tertiären Sektors um 3% gestiegen sind. Die Preise sollen weiter gestiegen sein, aber weniger als im Vorjahr (6% gegenüber 8%). Beunruhigend ist indessen der starke Rückgang der Investitionen, der gegenüber 1963 5% beträgt, während der Verbrauch um weitere 5% gestiegen ist. Zum Glück steht dem eine ermutigende Ver-

ringerung des Defizits der Handelsbilanz gegenüber, das auf rund 200 Milliarden gesunken ist, gegenüber 300 Milliarden im Vorjahr. Der Bericht sieht für das laufende Jahr eine Erhöhung des Nationaleinkommens um 3—4% vor, das vor allem auf einer Steigerung der Industrieproduktion um 6,5% möglich sein soll.

Wahrscheinlich werden die Unternehmer ihren gegenwärtigen Beschäftigungsstand bis zum März aufrechterhalten können; wenn dann die Gewinnaussichten nicht wachsen und mit ihnen das Vertrauen der Unternehmer, so wird die schon im September befürchtete Entlassungswelle ohne Zweifel Wirklichkeit werden. Nur dem gemeinsamen Handeln der Staatsorgane, der Unternehmer und der Gewerkschaften kann es gelingen, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Spannungen zu beseitigen.

Im neuesten Bericht (Mai 1964) des Gouverneurs der Banca d'Italia liest man: «Die Geldpolitik, deren Hauptfunktion in der Regelung des Volumens der globalen Nachfrage besteht, vermag den Wirtschaftszyklus nicht allein zu beeinflussen. Es erweist sich als unumgänglich, die Geldpolitik nach der Entwicklung der Zahlungsbilanz auszurichten und zu einer bilanzgemäßen Politik zu gelangen, sei es, um die Gesamtnachfrage zu regeln, sei es, um jene Verteilung des Einkommens zu verwirklichen, die zwischen Verbrauch und Investitionen ein günstiges Verhältnis herstellt, oder um die Wirtschaftsentwicklung in einem Klima der Preisstabilität zu unterstützen.»

Die italienische Wirtschaft befindet sich heute noch in einer Phase äußerster Unsicherheit, die durch gegensätzliche Aspekte charakterisiert ist: einerseits eine andauernde Depression auf den Finanzmärkten und eine beunruhigende Schrumpfung der Industrieinvestitionen, andererseits eine verminderte Spannung auf dem Arbeitsmarkt, eine Verringerung des prozentualen Preisanstiegs und eine entsprechende Linderung des Inflationsdrucks, die Erreichung einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz, auch dank dem wachsenden Exportvolumen, und eine fortschreitende Normalisierung der Liquidität des Bankensystems. Zudem war eine gute Ernte zu ver-

zeichnen. Der Preisanstieg ist unter Kontrolle, und auch die unvernünftige Verbrauchspolitik der italienischen Familien hat sich angesichts der erschöpften Ersparnisse und der ungewissen Zukunft gemäßigt. Die für den Herbst gefürchtete Arbeitslosigkeit hat sich bisher nicht eingestellt. Es ist zwar vorauszusehen, daß die schwächsten Unternehmen eingehen oder mindestens noch gefährliche Klippen zu umschiffen haben werden, aber das ist nicht nur dem schwachen Stand der Firmen zuzuschreiben, die in der Phase des Konjunkturoptimismus zu leicht entstanden, sondern auch der geringen Flexibilität der italienischen Wirtschaft, durch die eine Anpassung an die heutigen inneren Strukturwandlungen erschwert wird. Die Tatsache, daß diese Strukturwandlungen einen gewissen Preis fordern und schon gefordert haben, bedeutet nicht, daß die gegenwärtigen Erschütterungen die grundsätzlich gute Gesundheit der italienischen Wirtschaft beeinträchtigen. Es besteht kein Anlaß zur Panik. Der italienische Konsumgütermarkt ist in fortwährender Expansion begriffen,

und die westlichen Länder, besonders die Mitglieder der EWG, haben kein Interesse daran, Italien seinem Schicksal zu überlassen, denn sie wissen wohl, wie groß die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit heute ist. Die Krise dürfte ihren Tiefpunkt erreicht haben, und man wird wahrscheinlich schon in diesem Jahr Zeichen eines neuen Aufstiegs feststellen können. Die Politik der Strukturreformen hat sich zu einer antizyklischen Konjunkturpolitik abgeschwächt, da man vor allem wieder eine vertrauensvolle Normalität herstellen wollte. Es besteht indessen kein Zweifel, daß diese Einsicht einer Notlage zu verdanken ist. Sobald das Vertrauen wiedergewonnen ist, sollte der Regierungsapparat jenen so lange vermißten einheitlichen Willen finden, um entschieden auf eine Verjüngung der Institutionen hinarbeiten zu können und dem Land eine Wirtschaft ohne heftige Erschütterungen zu geben. Dies ist die wichtigste Voraussetzung für einen wirklichen Wohlstand.

Corrado Pirzjo-Biroli

WAS HEISST «KONSERVATIV» HEUTE?

Von Karlsruhe aus fährt eine Straßenbahn das enge Albtal hinauf nach Herrenalb, durch den föhngeschwärtzten Schwarzwald, vorbei an grauen, langgestreckten Textilfabriken aus dem Beginn des industriellen Zeitalters. Bilder der Schwarzweißkunst von Jakob Tuggener und Paul Senn ziehen vorbei. Am Ziel dieser Reise liegt die *Evangelische Akademie Baden* — hier sollte über die Frage: *Was heißt «konservativ» heute?* nachgedacht werden, ein Vorhaben, das durch das Bild dieser Landschaft einen durchaus angemessenen Sinn erhielt, vorausgesetzt, daß man den Begriff «konservativ» nicht allzu sehr einschränkte.

Akademiedirektor Pfarrer D. *Hans Schomerus* hatte für diese Aussprache, die vom 15. bis 17. Januar dauerte, zwei Referenten und zahlreiche Gäste geladen. Gegensätze des Herkommens und des Temperamentes kennzeichneten die Vorträge und Diskussio-

nen: Dr. *Armin Mohler*, ein Schweizer, der lange Jahre «Tat»-Korrespondent in Paris und vier Jahre Sekretär bei Ernst Jünger war, versuchte aus seiner Sicht die sehr allgemein gestellte Frage zu beantworten. Über «Die konservative Alternative in den gesellschaftlichen Veränderungen unserer Zeit» sprach Professor Dr. *Hans Linde*, der den Lehrstuhl für Soziologie und Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule in Karlsruhe innehat. Und schließlich sei bemerkt, daß die Zuhörerschaft, die die vorgelegten Thesen diskutierte, ein breites Spektrum «konservativer» Möglichkeiten darstellte: zwar waren alle aus der Bundesrepublik hergereist, aber ihre Namen verrieten mehr: von Preußen bis Südbaden klangen verschiedene Saiten auf das gleiche Stichwort «konservativ» an. Das war im Hinblick auf die Fragestellung nicht nur geographisch erklärbar, da eine begriffliche Ein-

schränkung oder auch nur ein methodischer Ansatzpunkt für ein empirisches Vorgehen fehlte. Von zwei Seiten her drohte die Diskussion in die Unverbindlichkeit angeregter Konversation abzusinken: einerseits von der Gefahr her, «konservativ» als dialektischen Ausschlag auf die Veränderungen gesellschaftlicher und politischer Gegebenheiten zu sehen und den Gegensatz einfach mit «Progressismus» zu etikettieren; andererseits war es der ethisch-religiöse Anspruch des «Lebens aus dem, was immer gilt», ein Anspruch, der im politischen Bereich nur noch allgemeinste Formen der Faszination annimmt.

Armin Mohler trug mit seinem Referat viel zu dieser Verwirrung und Unvereinbarkeit der Standpunkte bei. Wenn man indessen seinen Beitrag unter dem Gesichtspunkt analysiert, er selbst sei Gegenstand dessen, was er über «Konservatismus» vortrug, glätten sich die Wogen der Auseinandersetzung bald. Mohler brachte diese Einschränkung freimütig an — er spreche als Einzelgänger — und setzte dann an jenem Punkt an, in dem sein kämpferisches Naturell am ehesten seine Entsprechung fand — in der ideologischen Fixierung des Gegners, den er für die Bundesrepublik in der «institutionalisierten Linken» sieht. Nun verfügt jedoch der Rezensent nicht über die Zuständigkeit, deutsche Verhältnisse zu beurteilen. Er muß aber dort skeptische Vorbehalte anbringen, wo Armin Mohler einen Links-Rechts-Gegensatz gleichsam auf ein mechanisches Gesetz zurückführt: die Institutionalisierung der «Linken» als Produkt des Versagens und der Drückebergerei der «Rechten» um die Formulierung der *Volonté générale*. Die Gründe dafür sieht Mohler in einer Vielzahl von Führungsschichten, die sich in rein wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Funktionen teilen. Wirft er der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik plebiszitäre Neigungen, Gesetzes- und Gruppenwirtschaft und ein zu weitgehendes Feld der Interpretationsfreiheit des Grundgesetzes (*volonté générale*) vor, so ist nicht einzusehen, warum als Antagonismus ein ebenso mechanischer, sehr allgemeiner Linksdrall entstehen soll...

Die «Gruppe 47» mit ihren manierten literarisch-politischen Ambitionen, Rudolf Augstein mit dem zum Konsumgut gewordenen «background», ist das nicht ein bißchen wenig, um von «institutionalisierter Linken» zu reden? Ist denn die geistige Ökonomie Deutschlands nicht sehr viel differenzierter? Sicher trifft es zu, daß solche Erscheinungsformen das Bild der heutigen Gesellschaft beeinflussen, daß die Kritik der «Linken» gerade in der «Café-society» mit den «Neureichen» eine Symbiose eingeht. Aber kann man diese Gegebenheiten verallgemeinernd etikettieren und den Gegensatz mit dem Begriff «konservativ» krönen? Er erhält doch seinen Inhalt erst durch eine Darstellung des historisch charakterisierbaren Denkens und Handelns des «Konservatismus», wie es Karl Mannheim in seinem Aufsatz über «Das konservative Denken» versucht¹. «Konservatismus», sagt Mannheim, «meint eine historisch und soziologisch erfaßbare Kontinuität, die in einer bestimmten soziologischen und historischen Situation entstanden ist und sich in unmittelbarem Konnex mit dem historisch Lebendigen entwickelt.» Nun ist Kontinuität in der Bundesrepublik eine gebrochene Größe, und der Begriff «konservativ» ist für den Zeitgenossen sehr schwer verifizierbar. Es ist wohl keine unzulässige «Verschweigerung» des Problems, wenn gesagt wird, daß hier die Ungeduld der Zeitkritik dem historischen Verständnis davoneilt.

Dieser Flucht in zwangsläufige Extreme standen die Ausführungen von Professor Hans Linde gegenüber, der an überprüfbaren Tatbeständen konservative Alternativen darlegte. Eindeutig kam dabei zur Geltung, daß die Genesis konservativer Haltung an biographische Elemente von Personen, gewissermaßen an die Typologie konservativer Charaktere, gebunden ist. Aus dem Gefahrenbereich des Konservatismus als Protestphänomen, als reinem Ideologiebegriff und als «terminologischer Fluchtburg», in der Clichés mit Ewigkeitswert Zuflucht finden, löste Linde drei Alternativen konservativen Denkens und Handelns heraus: Einmal die «Besinnung auf jenen Urbestand menschlicher Überlieferung in Familie, Sprache,

Heimat, der zum Traditionalismus gehörte, ehe es einen bewußten Konservatismus gab²». Diese Domäne menschlicher Beziehungen mit ihren unbegrenzten Reaktivierungsmöglichkeiten bezeichnete Linde mit «human-relations-Konservatismus». Der sozialästhetische, bekenntnishafte Konservatismus Ernst Jüngers als weitere mögliche Alternative führt in seiner Bindung durch und über Bilder zu einer sektenhaften Geschlossenheit. Darüber gibt das vage «Suchen nach den ewigen Bildern, die hinter den Ordnungen und ihrem Wechsel stehen» hinreichend Aufschluß³. Schließlich führt — etwas überspitzt ausgedrückt — der Eigensinn des Unzeitgemäßen zum pragmatischen Konservatismus, wie er sich von Burke und Möser herleitet. In dieser Linie fänden sich wohl in Fülle historisch verifizierbare Haltungen eines konservativen Selbstverständnisses, das uns schließlich auf die Fragestellung dieser Tagung eine verständliche Antwort hätte geben können.

Daß diese Möglichkeit nicht verwirklicht wurde, darf nicht als Vorwurf verstanden werden. Die Unterlassung zeigt nur, daß die methodischen Voraussetzungen meist unter den Ansprüchen unvoreingenommener Fragestellungen liegen. Diese Kluft läßt sich nicht rhetorisch überbrücken. Höchstens mit der Feststellung Karl Mannheims, wonach der Konservatismus gleichsam als eine Antwort auf das Sich-Organisieren und Agglomerieren der «progressiven» Elemente im

Erleben und Denken zustande gekommen sei. Für ihn ist das ein «Symptom dafür, daß das Werden der sozialen und geistigen Welt in der modernen Entwicklung eine ganz besondere Struktur erhält. Es spricht sich im bloßen Vorhandensein eines Konservatismus die Tatsache aus, daß das Geschichtswerden immer mehr von solch umfassenden Strömungen und den dazugehörigen Gegenströmungen getragen wird, von Strömungen, unter welchen einige sich ausdrücklich im Zeichen des Fortschreitens, andere im Zeichen des Retardierens konstituieren⁴». Das ist eine Aussage über den Konservatismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Von der Berliner «christlich-deutschen Tischgesellschaft» aber, in der auch Johann Gottlieb Fichte und Adam Müller saßen, bis zur «Konservativen Revolution» Armin Mohlers findet man zweifellos Gemeinsames, aber ebenso eine *Vielzahl von Möglichkeiten*, die alle mit «konservativ» bezeichnet (und oft auch belastet) wurden.

Carl Holenstein

¹Karl Mannheim: Das konservative Denken, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Tübingen 1927, 57. Bd., S. 77. ²Otto Heinrich v. d. Gablentz: Konservatismus, in: Fischer-Lexikon, Bd. 2: Staat und Politik; Neuausgabe 1964. ³Ernst Jünger: Rivarol; Fischer-Bücherei (Nr. 487). ⁴Karl Mannheim, a. a. O., S. 79.

MILITÄRISCHER RÜCKBLICK UND AUSBLICK

Die Truppenordnung 1961 bildet nur einen Teil einer tiefgreifenden Armee reform, die auf anderen Gebieten noch in voller Entwicklung ist.

Die Verjüngung der Armee

Während die neue Truppenordnung im wesentlichen auf Beginn des Jahres 1962 in Kraft trat, setzte die Verjüngung der Armee erst auf Beginn des Jahres 1964 ein. Sie er-

folgt in vier Etappen, die drei Übergangsjahre einschließen. Nach dem Vollzug der beiden ersten Etappen bildet das Jahr 1965 das mittlere Übergangsjahr. Der Verjüngungsprozeß steht 1965 auf «Halbzeit», mit 15 Jahren Auszug vom 20. bis 34. Altersjahr — 12 Jahren Landwehr vom 35. bis 46. Altersjahr — 10 Jahren Landsturm vom 47. bis 56. Altersjahr — 37 Jahren Wehrpflicht für Unteroffiziere und Soldaten vom 20. bis 56. Altersjahr — 39 Jahren Wehrpflicht für Offiziere vom 20. bis 58. Altersjahr.

Die Verjüngung ermöglicht es, auch die Wehrmänner des Landsturms zu Kursen im Truppenverband einzuberufen, wobei aber die Einrückungspflicht auf Wehrmänner bis zum 50. Altersjahr beschränkt bleibt. 1964 sind die ersten Landsturmsoldaten zu Kursen gemischter Einheiten einberufen worden, während von 1965 an auch Landsturmeinheiten zu Kursen von einer oder zwei Wochen Dauer einberufen werden.

Die materielle Ausrüstung der Armee

Neben der Truppenordnung und der Verjüngung der Armee stellt die Einführung neuen Kriegsmaterials den dritten wesentlichen Sektor der Armee reform dar. Auf diesem Gebiet ist vor allem die Einführung des *Sturmgewehrs* zu erwähnen, die 1965 zum Abschluß gelangt. Sie erfolgte in drei Etappen: zunächst nur an die Infanterie und die Mechanisierten und Leichten Truppen, dann von 1963 an auch an die Artillerie, die Flieger-, Flab-, Genie- und Übermittlungstruppen und von 1965 an an alle Truppengattungen, die mit Handfeuerwaffen ausgerüstet sind. Parallel mit der Abgabe des Sturmgewehrs an die Rekruten ging von 1960 bis 1964 die Umbewaffnung der Auszugsformationen der Infanterie, der Mechanisierten und Leichten Truppen, die Ende 1964 erfolgreich abgeschlossen wurde. Während 1964 die letzten Dragoner und Radfahrer des Auszuges mit dem Sturmgewehr ausgerüstet wurden, tritt es bereits in den Ergänzungskursen der Landwehr in Erscheinung.

Im Zusammenhang mit der Abgabe des Sturmgewehrs muß aber auch auf Erscheinungen hingewiesen werden, die wiederholte Kursänderungen und damit einen Mangel an Planung aufzeigen. Die Soldaten der ersten Panzerformationen waren mit dem Karabiner ausgerüstet. Dann fand man diese Bewaffnung unzureichend und rüstete zehn Jahre lang die Panzersoldaten mit Pistolen aus, um ihnen nun seit 1960 das Sturmgewehr abzugeben. Ähnliches mußten die Reparaturtruppen und die Truppenhandwerker anderer Truppengattungen erleben. Ur-

sprünglich mit dem Karabiner ausgerüstet, erhielten die Rekruten von 1960 an die Pistole und von 1965 an werden sie mit Sturmgewehr ausgerüstet. Die mit Pistole oder Karabiner ausgerüsteten Waffenmechaniker der Infanterie, der Mechanisierten und Leichten Truppen werden im WK 1965 auf das Sturmgewehr umbewaffnet. Die dadurch frei werdenden Pistolen werden nun anstelle des Karabiners an einen Teil der Sanitätssoldaten abgegeben, zum Selbstschutz und zum Schutze der ihnen anvertrauten Verwundeten und Kranken gegen Plünderer und Marodeure. Wiederholte Änderungen der Bewaffnung erwecken nicht gerade den Eindruck einer voraussichtlichen Planung und zielsicheren Entwicklung.

Die Umbewaffnung unserer *Fliegerabwehr* ist in vollem Gange. Zwei Schwere Fliegerabwehrabteilungen eines Regiments konnten bereits 1964 mit der neuen mittleren Flabkanone 35 mm ausgerüstet und umgeschult werden. 1965 folgen ein weiteres Flab-Regiment sowie zwei selbständige Schwere Flab-Abteilungen. 1964 sind ferner die ersten Rekruten an Flab-Lenk Waffen ausgebildet worden, und 1965 wird die erste Flablenk Waffenbatterie der Feldarmee aufgestellt. Die Artillerie hat 1964 erstmals Rekruten für Selbstfahrgeschütze ausgebildet.

Die mechanisierten Truppen werden 1965 die Panzergrenadiere und die Panzerminenwerfer der Panzerregimenter und der Aufklärungsbataillone mit dem *Schützenpanzer M 113* ausrüsten, während in den Rekruten- und Kadernschulen die Ausbildung am schweizerischen *Panzer 61* einsetzt, der voraussichtlich die Panzerjäger G 13 ersetzen soll. Eine für März in Aussicht gestellte Rüstungsbotschaft 1965 soll den eidgenössischen Räten unter anderem die Beschaffung einer drahtgesteuerten Lenkwaffe für die *Panzerabwehr* beantragen, wobei der Bundesrat dem schwedischen Produkt «Bantam» den Vorzug gibt vor einer schweizerischen Konstruktion «Mosquito».

Die Kurse im Truppenverband

Bei den Kursen im Truppenverband wurde 1964 ein *neuer Manövertyp* eingeführt mit dem

Angriff einer Division auf die Verteidigungsstellungen einer Landwehrbrigade. In den Manövern des Gebirgsarmee Korps 3 kämpfte die Gebirgsdivision 9 gegen eine Reduitbrigade um die Zugänge ins Alpenreduit, und im Feldarmee Korps 4 rangen die Grenzdivision 7 und eine Grenzbrigade um die Rheinübergänge, unter Einsatz von Mitteln der psychologischen und subversiven Kriegführung, Fallschirmjäger und Froschmänner, Spione und Saboteure, Propagandaaktionen und Täuschungsmanöver machten die beteiligten Truppen mit diesen neuartigen Aspekten der modernen Kriegführung vertraut. An den Manövern des Feldarmee Korps 4 waren auch alle Territorialstäbe des Manöverraumes beteiligt. — Für das Frühjahr 1965 sind im Feldarmee Korps 2 Manöver von Auszugstruppen gegen eine Grenzbrigade vorgesehen, während an den Herbstmanövern des Feldarmee Korps 1 eine Felddivision, eine Grenzdivision und eine Grenzbrigade teilnehmen. Das Gebirgsarmee Korps 3 führt *Wiederholungskurse* für ganze Infanterieregimenter durch. Im Februar 1964 wurden die beiden Gebirgsregimenter 6 und 35 auf Ski gestellt. Vier Bataillone des Gebirgsregiments 35 überquerten dabei vom Rheintal her die Tödikette und erreichten auf verschiedenen Übergängen das Glarnerland. Weitere Gebirgsregimenter wurden zu WK im Januar und Februar 1965 aufgebildet. Das im November 1964 veröffentlichte Aufgebotsplakat 1965 führt als Neuerung Einheiten und Truppenkörper auf, deren Aufstellung der Bundesrat erst Ende Januar 1965 beschlossen hat, für die aber Bundesrat und Militärdepartement bereits im Dezember 1964 die Kommandanten ernannt haben. Das Aufgebotsplakat weist ferner Ergänzungskurse für Hilfsdienst detachements auf, zu deren Einberufung die gesetzlichen Grundlagen fehlen. Inzwischen sind die Angehörigen dieser Detachements durch ihre Kommandanten orientiert worden, daß das Aufgebot widerrufen sei.

Die Armee an der Expo

Die Landesausstellung brachte im Sommer 1964 einmal mehr die enge Verbundenheit

von Volk und Armee zum Ausdruck. Der Pavillon «Wehrhafte Schweiz» und der dort vorgeführte Film wurden stark beachtet. Der Tag der Armee mit seinem Defilee der Fahnen und Standarten galt vor allem der Erinnerung an die Kriegsmobilmachungen von 1914 und 1939 mit den anschließenden mehrjährigen Aktivdiensten. Die Wehrvorführungen in Bière zeigten eindringlich die Entwicklung unseres Wehrwesens bis zum heutigen Stand und demonstrierten sodann den Kampfeinsatz eines Panzerregiments mit Unterstützung durch Flieger und Artillerie. Zahlreiche Einheiten der militärischen Straßenpolizei beteiligten sich an der Verkehrsregelung in der Ausstellungsstadt, während die Rekrutenschulen aus allen Landesteilen zum Besuch der Ausstellung nach Lausanne geführt wurden.

Verwaltung und totale Landesverteidigung

Eine durch massive Nachtragskreditbegehren ausgelöste Untersuchung durch parlamentarische Kommissionen deckte nicht nur Fehler und Unterlassungen auf, sondern zeigte auch, daß die Militärverwaltung in ihrer heutigen Organisation den Anforderungen der Rüstungsbeschaffung nicht mehr gewachsen ist und einschneidender Änderungen bedarf. Ebenso müssen die parlamentarische Kontrolle der Verwaltung und die Verwaltungsgerichtsbarkeit ausgebaut werden, um ihre Aufgaben wirkungsvoll zu erfüllen. Die Mirage-Affäre hat somit zu konstruktiven Vorschlägen von erheblicher staatspolitischer Bedeutung geführt. Ihre sinnvolle Verwirklichung ist indessen nicht nur eine organisatorische Frage, sondern vor allem ein personelles Problem. Wenn es nicht gelingt, für die wichtigsten Posten Persönlichkeiten von Format zu finden, bringen auch die besten Organisationsformen keine Besserung der Verhältnisse. Als ersten Schritt für die Reform der Militärverwaltung hat nun der Bundesrat Ende Januar eine Expertenkommission eingesetzt, die Vorschläge für die Reorganisation des Militärdepartementes auszuarbeiten hat. Der Rücktritt von Oberstkorpskommandant Annasohn als Ge-

neralstabschef bot dem Bundesrat ferner Gelegenheit, ihm einen Studienauftrag für die Anpassung der Landesverteidigung an die *Bedürfnisse des totalen Krieges* zu erteilen. Oberstkorpskommandant Annasohn soll prüfen, in welcher Weise eine wirksame Koordination aller Teile der totalen Landesverteidigung herbeigeführt werden kann und welche Neuerungen institutioneller Art nötig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Es ist erfreulich, dass solche Studien endlich betrieben werden; sie wären schon seit 20 Jahren nötig. Oberstkorpskommandant Annasohn betreibt diese Studien als Beauftragter des Chefs des Militärdepartements. Die Frage ist erlaubt, ob es nicht richtiger wäre, diese Studien im Auftrage des Bundesrates durch-

zuführen und diesem Bericht und Antrag zu stellen, da es sich ja nicht nur um die militärische, sondern um die *totale Landesverteidigung* handelt. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß der vom Parlament erzwungene Landesverteidigungsrat bis jetzt noch immer nicht zu einem wirkungsvollen Organ der Landesverteidigung ausgebaut worden ist¹.

Die schwerwiegende Frage der *Verpolitisierung der Armee* wird in einem gesonderten Artikel in der Aprilnummer behandelt werden.

Miles

¹BRB vom 16. 6. 1958 und 30. 12. 1958. Amtliche Sammlung 1958, 325 und 1959, 1.

Die Armee ist sicherlich ein ganz wichtiges Mittel für die Erziehung zu einem schweizerischen Staatsgefühl, aber es scheint mir, daß diese Möglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft sind, trotzdem ein höchstes politisches Lebensinteresse uns dazu führen sollte.

Max Huber